



Zur Beachtung!

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Die Lüge vom Netzausbau: Stromtrassen für die Kohlewirtschaft?**

Bericht: Stephan Stuchlik, Lisa Rauschberger, Kim Otto

Datum: 20.02.2014

Georg Restle: „Wer sauberen Strom aus Windenergie vom Norden in den Süden transportieren will, der braucht dafür neue und starke Stromleitungen. Das klingt nach vernünftiger Politik, nach Klimaschutz und ökologischer Zeitenwende. Und so verkauft die Bundesregierung, und allen voran Energieminister Gabriel, auch die Energiewende, eines der wichtigsten Projekte der Großen Koalition. Wer dagegen protestiert, gilt als kleingeistiger Anhänger des St. Florian-Prinzips. Neue Strommasten ja, aber bitte nicht in meinem Vorgarten! Doch wofür werden die neuen Stromautobahnen tatsächlich gebaut? Und geht es dabei wirklich um ein blitzsauberes Geschäft im Sinne des Klimaschutzes? Stephan Stuchlik, Kim Otto und Lisa Rauschenberger klären Sie jetzt auf.“

Revolution in der Oberpfalz. In Bayern tobt der Volkszorn gegen die Stromautobahn durch die Dörfer. In Berg bei Neumarkt formiert sich gerade ein lautstarker Bürgerprotest gegen die neue Gleichstromtrasse. Hier sind sie also, die, die als Bremser und Störer gelten, als Gegner der Energiewende. Über 1.500 Kilometer Stromleitungen sollen in Deutschland gebaut werden. Riesenmasten doppelt so hoch wie dieser hier. Denn, so heißt die Parole über alle Parteigrenzen hinweg, ohne Netzausbau keine Energiewende.

Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin: „Wer Ja sagt zu erneuerbaren Energien, muss auch Ja zum Netzausbau sagen.“

Sigmar Gabriel, SPD, Bundeswirtschaftsminister: „Dass sich alle darüber einig sind, dass der Leitungsausbau Voraussetzung dafür ist, dass man die Energiewende betreiben kann.“

Peter Altmaier, CDU, Kanzleramtsminister: „Wir brauchen große Stromtrassen, um den Wind aus dem Norden dorthin zu transportieren, wo er gebraucht wird.“

Stefan Wenzel, Die Grünen, Umweltminister Niedersachsen: „Wer das wirklich richtig in Frage stellt, der stellt am Ende die Energiewende und den Atomausstieg in Frage.“

Vor allem die drei großen Stromautobahnen in den Süden sollen nicht in Frage gestellt werden. Die großen Gleichstromtrassen, die sogenannten HGÜ-Trassen, sollen einmal von Osterath nach Phillippsburg, von Brunsbüttel nach Großgartach und von Lauchstädt nach Meitingen laufen. Ein notwendiges Übel der Energiewende? Namhafte Wissenschaftler bezweifeln das jetzt. Selbst bei Vollausbau der Windenergie und bei Starkwind braucht man die Trassen nicht, so hat er errechnet, Christian von Hirschhausen, einer der Experten für Infrastrukturpolitik.

Prof. Christian von Hirschhausen, TU Berlin: „Unsere Rechnungen zeigen, dass die aus energiewirtschaftlicher Perspektive gar nicht notwendig sind. Man braucht die HGÜ-Leitungen nicht, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.“

Professor Jarass von der FH in Wiesbaden hat die Trassen ebenfalls wissenschaftlich untersucht, mit dem gleichen Ergebnis: das bestehende Netz reicht auch für Windkraft.

Prof. Lorenz Jarass, Hochschule RheinMain: „Es ist sehr wahrscheinlich, dass ein beträchtlicher Teil der jetzigen Netzausbauplanungen Fehlinvestitionen sind. Wenn diese Netze gebaut werden, müssen diese Investitionen vom Stromverbraucher bezahlt werden, obwohl sich später herausstellen wird, dass diese Leitungen gar nicht erforderlich sind.“

Die riesigen Strommasten also überflüssig? Peter Lodes zeigt uns, wo die gigantischen neuen Masten hin sollen: 70 Meter hoch, 500 Kilovolt Starkstrom, und alles direkt vor seiner Haustür.

Peter Lodes, Bürgerinitiative „Gegen Monstertrassen“: „Wir befinden uns jetzt hier, direkt am Ortsrand von Riegelstein, und die Trasse kann also bereits hier durchgehen. Sie geht nicht direkt über die Häuser, aber unmittelbar neben den Häusern könnte sie gehen. Das heißt, wenn ich im Garten stehe und nach oben schaue, kann es sein, dass ich die 500 kV-Stromleitungen sehe.“

Fünfmal so hoch wie die Häuser hier würden die Masten über Riegelstein stehen. Aber gut, könnte man denken, ist ja für einen guten Zweck, für die Energiewende nämlich. Die nächste Überraschung: Um erneuerbaren Strom - so sagen die Wissenschaftler - geht es bei den meisten HGÜ-Trassen gar nicht, schon gar nicht um Windstrom von der Küste.

Ursprünglich waren zwei Korridore geplant. Von der windreichen Küste bis nach Süddeutschland verläuft jetzt nur mehr die Mitteltrasse. Gleiches war auch für die Westtrasse geplant, aber die Anbindung an die Küste wird momentan für „nicht erforderlich“ gehalten. Die Osttrasse, die mitten in Ostdeutschland beginnt, wurde gar erst letztes Jahr in die Planung aufgenommen. Auch das größte deutsche Wirtschaftsforschungsinstitut, DIW, das unter anderem die Bundesregierung berät, kann mit der Trasse so recht nichts anfangen.

Reporter: „Wo kommt denn die auf einmal her?“

Prof. Claudia Kemfert, Dt. Institut für Wirtschaftsforschung: „Ja, das fragen wir uns alle. Weil eigentlich für die Energiewende diese Trasse nicht notwendig ist, wir brauchen halt den erneuerbaren Energienstrom aus dem Norden, der in den Süden transportiert werden soll, nicht aus dem Osten, da gibt es ja in erster Linie Kohlestrom. So dass man schon vermuten kann, dass es durch den Bau und den Einsatz neuer Braunkohle in diesen Regionen dieser Strom abtransportiert werden soll.“

Leitungen für Kohlestrom statt für Windstrom? Klingt absurd, ein Blick auf die Landkarte aber zeigt, tatsächlich, die Osttrasse beginnt jetzt in den Mitteldeutschen Kohlerevieren, die HGÜ-Westtrasse nah am rheinischen Braunkohlerevier.

Prof Hirschhausen, TU Berlin: „Die Art und Weise, in der man den HGÜ-Ausbau zurzeit angeht, ist ein Beweis dafür, dass man nicht den Nord- und Ostsee-Strom haben möchte, sondern vor allem den Braunkohlestrom. Aus Düsseldorf, aus Leipzig, zack!“

Prof. Jarass, Hochschule RheinMain: „Damit wird die Grundidee der Energiewende zerstört. Der Stromverbraucher bezahlt also 20 Milliarden Euro dafür, dass Kohlekraftwerke weiterhin dauerhaft am Netz bleiben können.“

Die Bundesregierung aber behauptet, man brauche den Kohlestrom für eine Übergangszeit, weil sonst in Bayern die Lichter ausgehen und das Netz schwanken könnte. Auch das Argument ist falsch, sagen die Wissenschaftler.

Prof. Hirschhausen, TU Berlin: „Unsere Berechnungen zeigen, dass die Versorgungssicherheit Süddeutschlands inklusive der Abschaltung der Atomkraftwerke, die ja überwiegend in Süddeutschland stehen, nicht gefährdet ist. Auch Mitte der 20er Jahre und dass sie nicht davon abhängt, ob jetzt diese HGÜ-Leitungen gebaut werden.“

Der deutsche Wirtschaftsminister wischt die Berechnungen der Wissenschaftler in zwei Sekunden vom Tisch.

Reporter: „Herr Gabriel, es gibt Studien, dass zwei der drei Stromtrassen nur den Braunkohlestrom-Erzeugern nutzen. Was sagen Sie dazu?“

Sigmar Gabriel, Bundeswirtschaftsminister: „Das ist mit Sicherheit nicht richtig.“

Nicht richtig? In einem Analysepapier des Kohleproduzenten Vattenfall, das MONITOR vorliegt, heißt es jedenfalls unmissverständlich:

Zitat: „(...) mit dem deutschen Netzausbau wird die Anbindung der (...) Braunkohlekraftwerke in das europäische Energiesystem (...) weiter gestärkt.“

Prof. Claudia Kemfert, Dt. Institut für Wirtschaftsforschung: „Das heißt, wir werden Kohlestrom transportieren über diese teuren Leitungen, die unsere Treibhausgasbilanz verschlechtern, weil sie immer mehr Treibhausgase verursachen. Wir schaffen noch nicht mal jetzt unsere Klimaziele, dann werden sie erst recht nicht zu erreichen sein.“

Prof. Hirschhausen, TU Berlin: „Es ist hier so gewesen, dass die Netzbetreiber sich mit den Kohlekraftwerks-Standorten angefreundet haben, also eine gewisse Koalition stattgefunden hat. Und uns hat man erzählt, das wär notwendig für den Windstrom. Das ist falsch.“

In Bayern marschieren sie wieder, diesmal in Pegnitz. Hier geht es - so scheint es uns - nicht nur um die Höhe von Strommasten oder die Führung von Trassen, hier geht es um die Glaubwürdigkeit der ganzen deutschen Energiewende.
